

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.
Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen/Zeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey, Druck von E. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover. Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr. Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Farbwerk König und Hilfsdienstgesetz.

Man muß es den Unternehmern lassen: sie gehen ihren Weg mit unbeirrbarer Folgerichtigkeit und sie verfolgen ihr Ziel mit eiserner Beharrlichkeit. Während die Arbeiterschaft den Krieg und seine Folgerscheinungen zunächst durchaus gefühlsmäßig wertete, sich teilweise in eine allzu leichtgläubig-friedfertige Seelenstimmung hineintreiben ließ, blieben die Herren der Industrie in auf den Ereignissen kühl bis in die Fingerspitzen. Sie erlebten den Krieg nicht, sie berechneten ihn nur.

Selbstverständlich gilt das nicht allgemein, nicht ausnahmslos für jeden Unternehmer. — Aber es gilt durchaus und unbedingt für die Kreise und Personen, die letzten Endes den Gang der Dinge im Unternehmerlager bestimmen. Es ist bezeichnend und beachtenswert, daß kein einziger der eigentlichen Industriekönige, kein einziger der anerkannten Unternehmerrührer während des Krieges öffentlich abgedrückt ist von jener Scharfmacherpolitik, die vor dem Kriege so viel zur Verschärfung der Wirtschaftsbegiehungen, zur Erbitterung, ja Verbitterung der Arbeiterschaft, zur Vergiftung des öffentlichen Lebens beigetragen hat. Welche Preise der Arbeiterschaft unterzogen unter dem Eindruck der Kriegsstimmung ihr Verhalten und ihr Verhältnis zum Staate und zur Regierung einer Nachprüfung — die Herren der Großindustrie dachten nicht im Schatten einer Sekunde daran, daß der Krieg ihnen ein Anlaß zum Umlernen werden könnte.

Als die Regierung mit dem sogenannten Hilfsdienstgesetz alle Kräfte des Volkes für die Kriegsführung mobil machte, ertrugen die Arbeiter, gewiß nicht ohne Murren, aber doch ohne Widerstand, den Wegfall ihres wichtigsten wirtschaftlichen Grundrechts: der Freizügigkeit. Nur einige Sicherungen gegen den Mißbrauch des Gesetzes forderten und erhielten sie. Den Unternehmern nahm und nimmt das Gesetz nichts, und trotzdem rebellierten sie. Nicht gegen den Grundgedanken des Gesetzes, vor allem nicht gegen die Einschränkung der wirtschaftlichen Beweglichkeit der Arbeiterschaft, wohl aber gegen die paar Schutzbestimmungen, die verhindern sollen, daß Willkür und Eigennutz des Unternehmers von dieser Einschränkung Nutzen ziehen. So sehr gehen ihnen diese Bestimmungen wider den Strich, daß sie das ganze Gesetz opfern wollen, um sie los zu werden.

Einen beachtlichen Anfangserfolg haben sie schon erzielt. Es ist ihnen gelungen, den Leiter des Kriegsamts, den General Gröner, zu stürzen. Mit welchen Mitteln, auf welchen Wegen ist noch nicht ganz aufgeklärt. Gewiß ist nur, daß die Herren der Schwerindustrie in dem jetzt beseitigten General ein wesentliches Hindernis für eine ihren Wünschen Rechnung tragende Umgestaltung des Hilfsdienstgesetzes sahen. General Gröner hatte bei Schaffung des Gesetzes den Rat und die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft gesucht und gefunden. Schon das mußte ihn den Scharfmachern verdächtig machen. Er ist dann aber auch persönlich bestrebt gewesen, die von den Vertretern der Gewerkschaften gemachten Vorschläge nicht nur zu prüfen, sondern sogar zu berücksichtigen, und er hat schließlich auch bei der Durchführung des Gesetzes die Wünsche und Ratschläge der Arbeiterschaft gehört und beachtet. Grund genug, daß ihn die Herren der Industrie auf die Lippe derer setzten, die man „kein kriegen“ muß.

Einer der Eifrigsten unter den Gegnern des Hilfsdienstgesetzes ist der unsern Lesern nicht unbekannt Geheirat Dr. Duisberg, Leiter der Elberfelder Farbwerke in Beverfusen. Duisberg ist der Typ des selbstherrlichen Unternehmers. Geschäftlich äußerst tüchtig, durch den Erfolg verwöhnt, wähnt er, die Welt nach seinem Willen meistern zu müssen. Im Bereich seines geschäftlichen Wirkens muß alles ihm untertan sein. Widerspruch duldet er nicht. Im Arbeiter sieht er nur ein redendes Werkzeug, das man pfleglich behandelt, soweit der Nutzen des Geschäftes es erfordert, das man aber energig in die Schranken drängt, sobald es den Versuch macht, sich als Mensch zu gebärden. Die soziale Gesetzgebung findet in Duisberg einen entschiedenen Gegner, von Arbeiterrechten will er nichts wissen, die Gewerkschaften gar sind ihm ein Grauel. Im Grunde seines Herzens hält er gewiß auch den Arbeitslohn für eine sehr überflüssige Einrichtung, die durch entsprechende Erweiterung der Wohlfahrtsanstalten zweckmäßig abgelöst werden könnte. Jedenfalls ist er festensfest davon überzeugt, daß die Arbeiter gar keinen andern Daseinszweck haben und haben dürfen als die Erzeugung von Mehrwert für die Kapitalisten.

Daß dieser Selbstherrscher in einem nicht kleinen Arbeiterreich sich auflehnt gegen die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, die der Arbeiterschaft ein gewisses Mitrederecht bei der Ordnung ihrer Angelegenheiten einräumen, ist erklärlich. Unternehmern von diesem Schlage genügt es eben nicht, daß ein Gesetz gegen die Arbeiter mißbraucht werden kann. Die verlangen, daß Recht und Gesetz sich unter allen Umständen gegen die Arbeiter kehren. Und sie sind bitter empört, daß das Hilfsdienstgesetz nicht nur die Bewegungsfreiheit der Arbeiter, sondern auch die Ausübungsfreiheit der Unternehmer einengt. Seiner Empörung über den gesetzlichen Eingriff in diese Freiheit gab Dr. Duisberg vor einiger Zeit recht deutlich Ausdruck in einer Versammlung, die der Verband Kölner Großfirmen abhielt. Er sagte dort in Anschluß an einen Vortrag über Kohlenförderung und Kohlenversorgung:

Die Leistungsfähigkeit der Arbeiter in den Fabriken ist 20 Prozent geringer als im Frieden, die Ursachen sind aber keineswegs Ermüdungserscheinungen, sondern das Hilfsdienstgesetz. Das verdammte Hilfsdienstgesetz muß aufgehoben werden, und zwar sofort, damit die Agitation

aufhört und wieder Ordnung in die Fabriken kommt. Dann wird auch die Produktion wieder steigen.

Herr Duisberg will also das Hilfsdienstgesetz ganz opfern, um nur „die Agitation“, d. h. das Mitrederecht der Arbeiterschaft in den Ausschüssen, los zu werden. Man sagt ihm auch nach, daß er das Wesentlichste zum Sturze des Generals Gröner beigetragen hat. Das hat er allerdings öffentlich bestritten, jedoch mit Worten, die kaum jemand überzeugt haben. Immerhin ist es möglich, daß er, als ein Mann, der seiner ganzen Veranlagung nach auf Ganze geht, seine Gegnerschaft mehr auf das Hilfsdienstgesetz als auf den Hilfsdienstgeneral gerichtet hat. Jedenfalls hat er seine Gefinnungsgenossen von der großen Industrie für den 19. August zu einer Sitzung zusammenberufen, die sich mit einer Abänderung des Hilfsdienstgesetzes befaßt hat. Ueber die Beschlüsse dieser Sitzung hat Dr. Duisberg in anerkannter Weise selbst Auskunft gegeben. Abg. Scheidemann hatte nämlich ein Exemplar der streng vertraulichen Einladung erhalten, und nach dem Inhalt derselben die Sitzung mit dem Sturz Grönners in Verbindung gebracht. Dagegen erhob Duisberg in einer Zuschrift an den „Vorwärts“ Einspruch. Dabei schreibt er über den Zweck der Zusammenkunft:

Zunächst hatte die Versammlung den ausschließlichen Zweck, darüber zu beraten, wie man die Arbeitsfreudigkeit und die Stimmung hinter der Front heben und damit die bei dem jetzigen schweren Kampf so notwendige Leistung der Munitionsarbeiter heben kann. Ist dieselbe doch nach einstimmigem Urteil aller Beteiligten gegenüber der Friedfertigkeit nicht unerheblich zurückgegangen, und zwar nicht zuletzt durch die Wirkung der Scheidemann-Politik. Gelänge es nun, durch Hebung der Stimmung die Leistung der Rüstungsindustrie, wenn auch nur um 10 Prozent, zu heben, so bedeutet dies einen Kräftezuwachs von vielen 100 000 Mann.

Bevor der Abgeordnete Scheidemann aber die Niederschrift dieser Sitzung zu Gesicht bekommt, will ich ihm jetzt schon verraten, daß das Hilfsdienstgesetz dabei doch eine Rolle gespielt hat. Auf meinen, schon im Einladungs schreiben zum Ausdruck gebrachten Antrag hin, dem die anwesenden Vertreter nicht nur der Schwerindustrie, sondern der verschiedenartigsten Zweige der Rüstungsindustrie einmütig beitraten, wird vorgeschlagen — nun hören und staunen Sie, Herr Scheidemann — die im § 9 enthaltene Beschränkung der Freizügigkeit ohne irgendwelche weitere Gesetzesänderung aufzuheben, um damit die einseitige Belastung der Arbeitnehmer und die Pant und Streit hervorrufoende Verweigerung der Abfertigung mit ihrer Berufung an die Schiedsämter zu befeitigen.

Schon mein Einladungs schreiben an sich war aber für Herrn Scheidemann bereits ein Beweis für die Bestrebungen, „das Hilfsdienstgesetz in rückfrittlicher Weise abzuändern“. Er wird jetzt hoffentlich so freundlich sein, zuzugeben, daß er sich einmal gründlich geirrt hat, indem die von ihm so heiß geliebten Vertreter der Schwerindustrie eine einseitige Fesselung der Arbeitnehmer freiwillig aufheben wollen.

Herr Duisberg gefallt sich in dieser Zuschrift in der Rolle der verkommenen Anschuld, um nicht zu jagen in der Rolle des Fuchses, der den Gänsen versichert, daß er ihr bester Freund sei. Das muß mißtrauisch machen. Wenn ein so aufrichtiger Scharfmacher wie der Leiter der Elberfelder Farbwerke sich für Arbeiterrechte einsetzt, so verfolgt er damit bestimmt sehr wenig arbeitserfreundliche Zwecke. So ist es auch in diesem Falle. Der § 9 des Hilfsdienstgesetzes enthält allerdings die Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter durch den sogenannten Abfertigung. Er enthält aber auch — und darauf kommt es Herrn Duisberg und seinen Gefinnungsfreunden an — die Bestimmung, daß zur Regelung aus dem Paragraphen sich ergebenden Streitigkeiten Ausschüsse zu bilden sind, in denen je drei Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer sitzen und ein Vertreter des Kriegsamts den Vorsitz führt. Diese Ausschüsse haben aber nach § 13 des Gesetzes die weitere Aufgabe, bei Streitigkeiten über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in einem kriegswichtigen Betrieb als Schlichtungsstelle zu dienen. Diese Schlichtungsstellen sind von der Arbeiterschaft in zahlreichen Fällen angerufen worden, und sie haben vielfach, infolge ihrer Zusammensetzung — die Arbeiter sind ebenso stark vertreten wie die Unternehmer, der Beauftragte des Kriegsamts gibt den Ausschlag — recht viel Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft gezeigt. Zahlreiche Unternehmer haben sich von und vor diesen Ausschüssen unangenehme Wahrheiten sagen lassen und eindringliche Ermahnungen entgegennehmen müssen.

Das wurmt die Herren! Schon daß sie solche Ausschüsse bilden und dulden müssen, geht ihnen gegen den Strich. Daß sie gar dort erscheinen und über Lohnansprüche „ihrer“ Arbeiter verhandeln sollen, ist den großindustriellen Herren von Duisberg der Anfang vom Ende. Und wenn sie dann gar zum Entgegenkommen ermahnt, zu einer Verständigung mit den Arbeitern gedrängt werden, so fühlen sie sich in ihrer Herrschertwürde dermaßen gekränkt, daß man den Kerger über „das verdammte Hilfsdienstgesetz“ durchaus versteht.

Gegen diese Ausschüsse also richtet sich das Verlangen derer um Duisberg! Die wollen sie los sein. Und weil sie nicht hoffen können, sie aus den Paragraphen herauszulassen, wollen sie die Bindung mit den Abfertigungen mit zum Opfer bringen. Dabei haben sie auch fraglos noch den Hintergedanken, daß die Einengung der Freizügigkeit auf dem Verordnungswege schon doch wieder herbeigeführt wird. Dann aber ohne die den Unternehmern so unangenehmen Ausschüsse. Und diese Rechnung der Herren dürfte stimmen. Die Arbeiterschaft hat also keine Ursache, über die scheinbar so entgegenkommenden Entscheidungen der Herren um Duisberg erfreut zu sein; vielmehr bestärkt der Vorgang nur die Richtigkeit des alten Wortes, daß man die Gegner auch dann fürchten muß, wenn sie Geschenke bringen.

Unsre finanzielle Rüstung.

In Nr. 34 des „Proletarier“ gibt der Kollege Thiemig unter obiger Ueberschrift einen Ueberblick über unsre Finanzen und knüpft daran die Schlussforderung, daß es notwendig wäre, die Beiträge zu erhöhen. Zum Schluß bringt er zum Ausdruck, daß seine Zeilen den Zweck haben sollen, die Mitglieder und Funktionäre auf diese Notwendigkeit hinzuweisen. Unsre in der Heimat befindlichen Kollegen und Kolleginnen haben nun Gelegenheit, in Zusammenkünften über diesen Vorschlag zu diskutieren, und einige besonders bereite wer. in der Lage sein, die Kollegenchaft nach dieser oder jener Richtung hin zu beeinflussen. Ich denke, es wird daher den im Felde stehenden Kollegen vergönnt sein, auch ihre Meinung zu der aufgeworfenen Frage zu äußern.

Zunächst möchte ich bemerken: daß der Verbandstag im Jahre 1916 nicht abgehalten wurde, halte ich für richtig. Daß aber dafür nicht schon damals ein „Ersatzmittel“ geschaffen wurde, ähnlich wie es Kollege Th. jetzt vorschlägt (mit dem ich allerdings nicht ganz einverstanden bin; ich komme weiter unten darauf zurück), halte ich für einen großen Fehler, welcher bei einem „hoffentlich“ baldigen Kriegsende leicht verhängnisvoll werden kann. Denn darin stimme ich dem Kollegen Th. rückhaltlos zu, die Ansprüche an unsre Kassen nach Kriegsende werden eine nie dagewesene Höhe erreichen.

Kollege Th. sollte ruhig aussprechen, was er mit dem Satz „diese bedingt große statistische Ausgaben und kann uns leicht zu neuen Ausnahmeunterstützungen zwingen“, meint. Ich will es in folgende Worte kleiden: „Berlangt jemand im Frieden, daß unsre Unterstützungszahler zu den aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen, welche ausgeteuert sind — und daß diese Zahl nicht klein ist, ergeben die ausgezahlten Unterstützungssummen bei Kriegsbeginn —, sagen: Du kannst keine Unterstützung erhalten, du bist ausgeteuert?“ Ein Schrei der Entrüstung würde durch die Kollegenchaft gehen.

Auch der Satz ist zu unterstreichen: „Das wird und muß nach kurzer Zeit zu Kämpfen mit dem Unternehmertum führen usw.“ Dies alles erfordert finanzielle Anstrengungen, denen unser Verband nur mit einer recht bald in Kraft tretenden Beitrags-erhöhung gewachsen sein kann.

Ich erlaube mir, zu bemerken, daß der Beitrag unsrer Kolleginnen schon längst nicht mehr im Einklang steht zu ihrem Verdienst und zu der Stellung, welche die Frau im gewerkschaftlichen Leben einnimmt. Halt, noch nicht protestieren, werde Kolleginnen! Ich geb auch zu, daß der Verdienst noch lange nicht im Einklang steht zu den Erfordernissen des täglichen Lebens. Aber trotzdem wage ich es, einer Beitrags-erhöhung das Wort zu reden.

Auch der Verdienst der Kollegen läßt eine Beitrags-erhöhung zu; lese ich doch in allen Nummern unsres Organs Berichte über erfolgreiche Lohnbewegungen, und mit besonderer Freude erfüllte mich der Bericht unsrer Zahlstelle Berlin, in derselben Nummer, in der der Artikel des Kollegen Th. erschienen ist.

Ueber die Höhe der zukünftigen Beitragsleistung und die Form der zu errichtenden Unterstützungskasse will ich mich hier nicht auslassen, das überlasse ich der einzusetzenden Kommission. Aber zu dieser Kommission einige Worte: Ich habe zum Vorstand und zu den Gauleitern das größte Vertrauen, ganz abgesehen vom Ausschuß, aber in dieser Kommission hätten, wenn ich nicht irre, die Angestellten die Mehrheit, und das ist m. E. nicht richtig; namentlich in einer Zeit, wo so viel und mit Recht von Demokratisierung gesprochen und geschrieben wird! Ich schlage vor, zu dieser Kommission noch aus jedem Gau ein in Arbeit stehendes Mitglied heranzuziehen; vielleicht in der Weise, daß jede Zahlstelle dem Vorstand je ein Mitglied vorschlägt und der Vorstand aus jedem Gau einen Vertreter auswählt. Dann bitte ich noch, die Leiter der größten Zahlstellen, aber nur mit beratender Stimme, hinzuziehen.

Und nun Vorstand und Kollegenchaft, frisch ans Werk!
Germann Küfer, Berlin, zur Zeit im Osten.

Verrat an der Arbeiterklasse.

Bedauerlicherweise geht aus Zahlstellenberichten (Braunschweig, Döhlen) hervor, daß einige unsrer Kollegen an dem Parteikongress teilgenommen sind, ja, es versuchen, diesen auf die Gewerkschaftsbewegung zu übertragen. Was will man damit erreichen? Haben wir gar nichts wichtigeres im Interesse der Arbeiterklasse zu tun? Bald könnte es so scheinen. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind gewiß nicht so, daß wir uns einen derartigen Luxus erlauben könnten, die Aufgaben, die wir noch während des Krieges und ganz besonders nach dem Kriege zu erfüllen haben, erfordern unsre ganze Kraft.

Anzuerkennen sind wir alle. Es kann heute überhaupt keinen zufriedenen Menschen geben, dazu sind die Kriegsverhältnisse nicht geeignet. Aber durch Pant und Streit in der Partei oder in den Gewerkschaften werden diese Zustände nicht beseitigt. Wohl aber werden dadurch auch weitere Verschlimmerungen eintreten. Die Gewerkschaften haben gar nichts mit der Reichsbank und Prinzipienreiterei innerhalb der Partei zu tun, sondern haben erspriessliche Gegenwartsarbeit zu leisten. Sie können nur Schritt um Schritt Verbesserungen und Erfolge für die Arbeiterschaft erreichen. Alle Erfolge für die Arbeiterklasse hängen ab von den wirtschaftlichen Verhältnissen eines Landes, seiner Industrie und nicht zuletzt von der Stärke und Einigkeit der Arbeiterklasse selbst. Deshalb ist es mir auch unverständlich, daß Kollegen überhaupt verfügen können, innerhalb der Gewerkschaftsbewegung einen solchen Streit zu entfachen. Was die Gewerkschaften während des Krieges taten,

jämmerlich bezeichnet werden. Trotz erheblicher Mehrleistungen und trotz der allgemein anerkannten Verteuerung der Lebensmittel sind Wochenlöhne von 15 bis 18 Mk. für erwachsene Arbeiter in der Papierindustrie keine Seltenheit. In einer Zeit, wo auf allen Wirtschaftsgebieten die unverschämtesten Wucherpreise von den Konsumenten gefordert werden, müssen die Papierarbeiter ihre Ware Arbeitskraft verschleudern. Nach wie vor bieten sie diese Arbeitskraft den Papierindustriellen zu einem Preise an, der zu dem Geldwerte im größten Widerpruch steht. Anstatt höhere Löhne zu fordern, wie es den Verhältnissen vollkommen entspricht und von jedem gerecht denkenden Menschen gebilligt werden müsste, schwallen sie den Hungerriemen immer enger und geben sich und ihre Familie der Unterernährung preis. Um die Existenz der Familien nur einigermaßen zu ermöglichen, müssen Frauen und Kinder in verstärktem Maße in das Joch der Papierfabrikanten spannen lassen. Dabei gibt es immer noch Papierarbeiter, die da glauben vor Dankbarkeit überfließen zu müssen, weil ihnen ihr Unternehmer die Gnade erweist, ihre Frauen und Töchter an schnelllaufenden Maschinen für billiges Geld auszubeuten oder sie als Hof- und Transportarbeiterinnen zu verwenden.

Mit Stolz blickt leider noch immer mancher Papierarbeiter auf seinen jugendlichen Sohn, dem es der Unternehmer während der Kriegszeit ermöglicht hat, nach kurzer Zeit zum Maschinengehilfen oder gar zum Führer einer Pflanzmaschine emporzurücken, während derselbe zur Friedenszeit unter dem Schutze der Gewerbeordnung noch jahrelang in der Bude hätte den Rehrbesen schwingen dürfen. Leider bebenden diese Väter nicht, daß durch die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen an den Maschinen nur ein scheinbarer Erfolg erzielt wird, daß sie in Wirklichkeit ihre Frauen, Töchter und Söhne dem Unternehmer gegen ein verhältnismäßig geringes Entgelt zur unbeschränkten Ausbeutung ausliefern und daß sie dabei deren Leben und Gesundheit geradezu frevelhaft gefährden. Das Anschwellen der Unfallziffern beweist mit Deutlichkeit das gefährliche Beginnen, auf das sich die Papierindustriellen durch die Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Maschinenarbeitern eingelassen haben.

Im Jahre 1915 hatte die Papiermacher-Berufsgenossenschaft noch 4124 gemeldete Unfälle zu verzeichnen, dagegen im Jahre 1916 schon 4417. Auf je 1000 Versicherte entfielen im Jahre 1914 erst 54,50 Unfälle, im Jahre 1916 dagegen, nach der Einführung der Frauen- und Kinderarbeit an den Maschinen, schon 60,54. Dabei nimmt die Beschäftigung von Frauen und im Kindesalter stehenden Personen täglich zu, und damit die Erhöhung der Unfallgefahren, so daß für das laufende Jahr ebenfalls mit einer Steigerung der Unfallziffern zu rechnen ist. Gegen dieses System müssen die Papierarbeiter mit allen ihnen gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln Front machen. Freiwillig zeigen die Papierindustriellen nicht die geringste Neigung, die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen an Maschinen zu beschränken und so die Unfallgefahren einzudämmen; das beweist der im Laufe des Jahres von der Papiermacher-Berufsgenossenschaft herausgegebene Erlass, nachdem den Papierfabrikanten die Beschäftigung von Frauen auch an den schnelllaufenden und gefährlichen Maschinen erlaubt ist. Da von dieser Seite aber auch nicht das geringste Entgegenkommen zu erwarten ist, so muß die Papierarbeiterschaft immer wieder den Ruf nach der Wiedereinführung der Arbeiterschutzbestimmungen erheben.

Den Hunderttausenden von Menschen, die auf den Schlachtfeldern zu Krüppeln geschossen und gestochen wurden, dürfen nicht noch Tausende und aber Tausende von Frauen und Jugendlichen auf dem Schlachtfelde der Arbeit folgen. Diese Forderung können die Arbeiter im allgemeinen und die Papierarbeiter im besonderen im Namen der Menschlichkeit erheben.

Ferner müssen aber die Papierarbeiter durch die Forderung auskömmlicher Löhne dafür sorgen, daß sie nicht gezwungen sind, ihre Frauen und Kinder an ausbeutungslüsterne Unternehmer auszuliefern. Im Interesse der in der Papierindustrie beschäftigten Frauen muß unbedingt gefordert werden, daß diese für die gleiche Arbeitsleistung auch die gleiche Bezahlung erhalten wie die mitbeschäftigten oder vormals tätig gewesenen Männer. Soweit die Frauenarbeit an den Maschinen ohne Gefährdung von Leben und Gesundheit möglich ist, muß darauf gedrungen werden, daß dieselbe nur unter Einhaltung ausreichender Pausen zur Einnahme der Mahlzeiten ausgeführt wird. Dieselbe Forderung gilt selbstverständlich auch für die jugendliche Arbeiterschaft. Mit allem Nachdruck muß gefordert werden, daß die Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen während der Nachtzeit und an den Sonn- und Feiertagen verboten wird. Auf keinen Fall sollte aber auch die tägliche Arbeitszeit dieser Personen länger als 8 Stunden währen. Es ist geradezu ein Verbrechen an der Gesundheit dieser Personen, daß sie immer noch täglich 12 Stunden und länger ununterbrochen beschäftigt werden dürfen. Bei dem jetzt herrschenden Ausbeutungssystem geht nicht nur die Arbeiterfrau als Familienmutter, sondern auch der ganze Nachwuchs zugrunde. Aber auch für die übrige Arbeiterschaft dürfte auf die Dauer bei der jetzt so mangelhaften Ernährung die 12- und 24stündige Arbeitszeit nicht aufrechtzuerhalten sein, ohne die Gesundheit dieser Personen dauernd zu benachteiligen. Wenn der körperliche Zusammenbruch der Papierarbeiterschaft vermieden werden soll, dann ist es an der Zeit, die achtstündige Arbeitszeit und den Dreischichtenwechsel zur Einführung zu bringen.

Leider besteht recht wenig Hoffnung, daß diese mehr als berechtigten Forderungen der Papierarbeiter in Erfüllung gehen, weil immer noch ein großer Teil der Papierarbeiterschaft seiner wirtschaftlichen Lage gleichgültig gegenübersteht, weil immer noch ein Teil der Papierarbeiter lieber weiterhungert und die Faust in der Tasche hält, anstatt auskömmliche Löhne zu fordern. Während so die Papierarbeiter geduldet, Elend und Unterdrückung ertragen, sammeln ihre Unternehmer riesige Kriegsgewinne, von denen sie dann in ihrem Wohlwollensstimm ihrer Arbeiterschaft einige Drosamen abgeben, nicht ohne dafür noch Dank zu fordern.

Leider ist immer noch ein großer Teil der Papierarbeiter mit diesen Gnadenbrocken zufrieden. Sie finden nicht den Mut, sich mit Hilfe ihrer Berufsorganisation geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Solange diese Helden sehnsüchtig nach der kapitalistischen Gnadenportion blicken, werden sie im Dunkel auch weiter radern und darben, getreu dem frommen Wahlspruch eines Bischof Henle: „Wer Knecht ist, der soll Knecht bleiben!“

G. St.

Steckbriefe der Papierfabrikanten.

Im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ erläßt die Agramer Papierfabrik gegen einen fahnenflüchtigen Arbeiter folgenden Steckbrief:

Warnung!

Der Papiermaschinenführer Joseph Metta, früher bei der Ungarischen Papierfabrik in Moskabej in Stellung, hat im Herbst v. J. bei uns einen Posten angenommen, ohne ihn anzutreten, aber auch ohne daß er uns den Kassevorschuß von reiflichen 60 Kronen zurück-erstattet hat. Wir warnen deshalb vor diesem Manne.

Agram, den 22. Mai 1917.

Agramer Papierfabrik-Aktiengesellschaft.

Selbstverständlich ist der Maschinenführer Metta ein Sünder, dessen Handlungsweise von keinem rechtlich denkenden Papierarbeiter gebilligt werden kann. Um aber einen Betrüger zur Rechenschaft zu ziehen, dazu bedarf es keines Steckbriefes in einer Unternehmenszeitung. Eine derartige Veröffentlichung könnten die Unternehmer wirklich ruhig der Staatsanwaltschaft überlassen. Die Herrschaften wissen aber, daß sie an derartigen Betrügeren nicht ganz unschuldig sind. Würden diese ihrer Arbeiterschaft auskömmliche Löhne zahlen, dann brauchen ihre Arbeiter nicht bei jedem Stellungswechsel um Kassevorschuß zu betteln und kämen dann auch weniger in die Versuchung, Betrüger zu werden. Von Interesse ist übrigens auch die Tatsache, daß verschiedene Unternehmer erst dann ausrufen: steinigt den Betrüger!, wenn sie selbst angeklagt worden sind, im übrigen sich aber über den Restfall ihrer übrigen Kollegen heimlich freuen. Anders kann das Verhalten der Agramer Papierfabrik nicht geachtet werden, denn Metta wurde 1915 von der Ramingsteiner Papierfabrik im „Wochenblatt für Papierfabrikation“ steckbrieflich verfolgt, weil er die Firma um 180 Kronen Kassevorschuß betrogen hatte. Im gleichen Jahre veröffentlichte aber auch die Saybuscher Papierfabrik einen Steckbrief gegen Metta, weil er sie mit einem Kassevorschuß von über 200 Kronen hineingelegt hatte. Ganz unbekannt werden diese Tatsachen der Agramer Papierfabrik auch nicht sein. Die Tatsache aber, daß trotz aller Steckbriefe ein Mann seine Schwindelereien regelmäßig mit Erfolg wiederholen kann, beweist zugleich die Unsinngkeit derartigen Veröffentlichungen.

Der Meister als Strohmann.

Bekanntlich dürfen seit längerer Zeit keine Facharbeiter unter irgendeiner christlichen Deckadresse mehr gesucht werden; der Arbeitskräfte jugende Unternehmer soll vielmehr unter jenem Namen die benötigten Arbeitskräfte amwerben. Diese Bestimmung gehört zu den wenigen guten in dem großen Wust von Verböten, mit denen die Presse während der Kriegszeit übersättigt wurde. In der vorburgfriedlichen Zeit waren es nur wenige Unternehmer, die den Mut fanden, ihre Arbeitskräfte unter voller Angabe ihrer Firma zu suchen. Vor allem benutzten die meisten Papierfabrikanten Deckadressen, obwohl Firmen mit reinem Schilde ihre Namen der Öffentlichkeit sicher nicht zu verheimlichen brauchen. Ein Teil dieser Herren hat auch während der Kriegszeit die „Stärke“ noch nicht gefunden, um unter voller Firma die offenen Stellen auszusuchen. Sie liebten dann einfach irgendeine Persönlichkeit vor, die die Arbeitskräfte anzuwerben hat. So sucht im „Wochenblatt für die Papierfabrikation“ ein Meister Leonhard Rothenhäusler aus Hamburg Maschinenführer für Pappmaschinen. Selbstverständlich ist dieser Meister eine unbekannt Nummer und kann über den Fabrikbetrieb hinaus bekannt. Die Maschinenführer, die sich nun bei Meister Rothenhäusler um eine Stellung bewerben, lernen wohl den Namen des Meisters kennen, wissen aber noch lange nicht, bei welcher Firma und in welchem Winkel Deutschlands sie antreten sollen. Wahrscheinlich will die Firma durch die Art ihres Auftretens auf dem Arbeitsmarkte diesen Zustand der Ungewißheit unter der stehenden Arbeiterschaft nur erreichen. Von besonderem Nut zeigt ein derartiges Verfahren allerdings nicht. Starke Männer, und als solche treten doch die Papierfabrikanten gewöhnlich auf, wenn es gilt, Lohnforderungen usw. der Arbeiter zu bekämpfen, sollten auch den Mut aufbringen, bei der Anwerbung von Arbeitskräften ihre volle Firma unter die Anzeige zu setzen.

Explosion in einer Papierfabrik.

In der Papierfabrik Tannrode, G. m. b. H., in Tannrode (Sachsen), in der jüngst erst ein Schadenfeuer ausgebrochen war, explodierte ein Kochapparat, wodurch erheblicher Schaden angerichtet und zwei Personen verletzt wurden.

Streik in der norwegischen Papierindustrie.

Die Arbeiter in der norwegischen Papierindustrie haben beschloffen, am 15. d. M. in den Ausstand zu treten. Die Verhandlungen über Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht und über Lohnhöfungen sind gescheitert. Der Streik wird 62 Betriebe mit 5300 Arbeitern umfassen.

Chemische Industrie

Die chemische Industrie im Jahre 1916.

Geschäftsgang — Arbeiterzahl.

Die chemische Industrie wird immer mehr zur reinen Kriegsin-
dustrie. Fast alle ihre Zweige sind für den Heeresbedarf tätig; eine einzige liefert nur Kriegsmaterial. Die Sprengstoffindustrie hat eine geradezu ungeheuerliche Ausdehnung erfahren. Die junge Stickstoffabrikation entwickelt sich wie ein Pilz nach einem warmen Sommerregen. Die Betriebe, die Heilmittel erzeugen, müssen ange-
strengt arbeiten, um der täglich steigenden Nachfrage genügen zu können; die Gummifabriken würden überall beschäftigt werden, wenn sie Rohstoffe in ausreichender Menge hätten. Die großen Teerfarb-
fabriken leiden durchaus nicht unter dem Wegfall des Auslandsab-
satzes; sie stellen jetzt wichtige Rohstoffe für die Sprengstoffher-
zeugung her und sie liefern die für die Gasangriffe und die Gasabwehr erforderlichen Chemikalien.

Der Geschäftsgang in der chemischen Industrie ist also, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, glänzend. Das zeigt sich auch in einigen Zahlen des Berichts, den die Berufsorganisation der chemischen Industrie für das Jahr 1916 herausgibt. Darin wird mitgeteilt, daß die Zahl der versicherten Betriebe von 14 914 auf 14 993, die Zahl der versicherten Vollarbeiter (300 Arbeitstage = 1 Vollarbeiter) von 219 646 im Jahre 1915 auf 256 420, also um 16,74 Prozent, gestiegen ist. Damit ist der Stand von 1914 überflügelt, der von 1913 bald wieder erreicht. Der Bericht versichert, daß „in stetig steigendem Maße weibliche und jugendliche Arbeiter“ eingestellt werden müßten, kann aber nähere Angaben darüber nicht machen.

Sehr stark war im Jahre 1916 wieder der Arbeiterwechsel. Im ganzen Jahre wurden nämlich 631 816 Arbeiter in den Fabriken beschäftigt; diese leisteten zusammen 76 725 451 Arbeitstagen. Auf jeden beschäftigten Arbeiter entfielen mithin nur 121 Arbeitstage gegen 166 im letzten Friedensjahre 1913. Ueber die Verteilung dieses Arbeiterwechsels auf die einzelnen Zweige der chemischen Industrie gibt der Bericht keine Mitteilungen; es ist jedoch anzunehmen, daß ein erheblicher Teil davon auf die neuantstehenden und auf die stark vergrößerten Sprengstoffbetriebe entfällt. In diesen ist nämlich der Wechsel überaus stark. Sinnlos infolge der mangelhaften Unterbringung und Ver-
pfllegung, dann aber auch infolge der häufigen Unglücksfälle. Nach

einer Explosion legt manchmal ein recht großer Teil der Arbeiterschaft, vor allem die Arbeiterinnen, einfach die Arbeit nieder, um anderswo weniger gefährliche Arbeit zu suchen. Nach einiger Zeit vererbt das Ereignis im Gedächtnis, und die Arbeit wird wieder aufgesucht. In manchen anderen Zweigen der chemischen Industrie ist der Arbeiterwechsel gleichfalls sehr stark. In den großen Teerfarb-
fabriken wurde schon in Friedensjahren ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft kaum warm; jetzt in der Kriegszeit mit der starken Nachfrage nach Arbeitskräften ist der Wechsel natürlich noch stärker.

Aus der folgenden Tabelle sind die Verschiebungen in der Betriebs- und Arbeiterzahl in den letzten drei Jahren ersichtlich.

Jahr	Betriebe	Eingel. Arbeiter (überhaupt eingestellt)	Vollarbeiter (300 Arbeitstagen)	Durchschn. Schichtzahl pro Einzelarbeiter
1913	15 042	489 025	277 629	170
1914	10 014	499 241	245 980	147
1915	14 914	543 017	219 646	121
1916	14 993	631 816	256 420	121

Die stärkste Zunahme der Vollarbeiterzahl hat die Sektion IV (Pöln a. Rh.) mit 26,73 Prozent; dann folgt Sektion V (Leipzig) mit 24,53 Prozent, und als dritte Sektion II (Breslau) mit 21,51 Prozent. Am wenigsten zugenommen haben die Sektionen VII (Frankfurt a. M.) mit 7 und VIII (Nürnberg) mit 7,57 Prozent. Im Jahre 1915 hatten sechs von den acht Sektionen eine Abnahme der Vollarbeiterzahl, für 1916 haben alle, die meisten erheblich, zugenommen. — Darin spiegelt sich deutlich der Kriegsaufschwung der chemischen Industrie wieder.

Die Arbeitslöhne

Man sollte nun meinen, daß dieser Aufschwung auch in den Löhnen der Arbeiterschaft einen sehr deutlichen Niederschlag finden müsste. Das ist leider nur sehr bedingt der Fall. Zwar sind die nachgewiesenen Durchschnittslöhne absolut gestiegen, aber diese Steigerung bleibt weitaus zurück hinter der gleichzeitigen Steigerung der Kosten der Lebenshaltung. Die Lage der Arbeiterschaft hat sich also trotz des unverkennbaren starken Aufschwungs der Industrie nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Als Arbeitsverdienst aller versicherungspflichtigen Arbeiter und Betriebsbeamten werden 382 783 261 Mk. ausgewiesen. Das sind 4,98 Mk. für jede Arbeitsschicht rund 1497 Mk. für einen Vollarbeiter gleich 300 Arbeitstagen. Für 1915 betrug der Durchschnittslohn für eine Schicht 4,48, der für einen Vollarbeiter 1344 Mk. Die Steigerung beträgt also gegen das Vorjahr nur etwa 11 Prozent. Daß diese Steigerung zu der Verteuerung der Lebenshaltung in argem Mißverhältnis steht, wurde oben schon gesagt. Die Erhöhung des Durchschnittslohnes um 50 Pf. für den Tag ist so unzureichend, daß den Unternehmern der chemischen Industrie auch in diesem Jahre der Vorwurf nicht erspart werden kann, daß sie auch in der so bitter-schweren Zeit dieses Krieges die gebührende Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Arbeiterschaft haben vermissen lassen. — In der folgenden Tabelle sind die Durchschnittslöhne für die letzten fünf Jahre, getrennt nach Sektionen der Berufsorganisation, angeführt. In der letzten Rubrik ist die Steigerung der Lohnsätze von 1915 zu 1916 (also nicht seit 1912!) angegeben.

In Sektion	1912	1913	1914	1915	1916	Steigerung seit 1915
1 (Berlin)	1194	1228	1238	1273	1422	149
2 (Breslau)	938	983	971	1006	1131	125
3 (Hamburg)	1310	1365	1349	1421	1565	144
4 (Pöln)	1293	1328	1327	1448	1617	169
5 (Leipzig)	1149	1178	1190	1255	1452	197
6 (Mannheim)	1267	1346	1356	1406	1540	134
7 (Frankfurt a. M.)	1357	1350	1371	1460	1598	138
8 (Nürnberg)	972	1020	1100	1075	1136	61

Durchschn. fürs Reich | 1234 | 1266 | 1274 | 1344 | 1497 | 153

Es ist bemerkenswert, daß die Lohnsteigerung in den Sektionen am stärksten war, in denen schon die höchsten Löhne bezahlt wurden. Die Sektionen mit den niedrigsten Löhnen haben weniger Zulagen erhalten und sind infolgedessen hinter den andern noch weiter zurückgeblieben. Im Jahre 1912 betrug die Spannung zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Durchschnittslohn 419 Mk. Im nächsten Jahre sank sie auf 375 Mk. Im ersten Kriegsjahr stieg sie auf 400, im zweiten auf 454 und im dritten auf 486 Mk. Dieses Wachsen der Spannung in der Kriegszeit hat mehrere Ursachen; eine der wichtigsten liegt darin, daß in den Sektionen mit den niedrigsten Durchschnittslöhnen unser Verband schwächer vertreten ist als in den andern, also nicht in dem gleichen Maße und mit demselben Erfolge höhere Löhne anstreben und durchsetzen kann. Insofern bieten die Zahlen im Bericht der Berufsorganisation ein recht wertvolles Untersuchungsmaterial für diejenigen Arbeiter, die den Wert des Verbandes noch immer anzweifeln.

Drägers Selbstretter im Felde.

Als der Bewegungskrieg erbrachte und wir Menschen die Fähigkeiten der Kaulwurze nachahmten, Landgraben schufen und in deren Verbindung Antriebskräfte oder wehr richtiger Unterstände bauten, also unser gegenwärtiges Stellungskrieg begann, kam es des öfteren vor, daß, wenn eine Granate im Unterland oder vor dessen Eingang einschlug, sämtliche Bewohner getötet waren, ohne daß man äußere Spuren der Todesursache beobachten konnte. Der Soldat suchte nach Erklärung über diesen Vorgang und kam zu dem Schluß, daß die Tötung durch den Luftdruck erfolgt sei, der durch eine explodierende Granate ausgelöst wird. Daß der einfache Soldat diese Ansicht vertrat, und zum Teil noch heute vertritt, ist nicht verwunderlich, denn er weiß, welcher Luftdruck entsteht, wenn eine Granate in seiner Nähe klopert. Selbst Mediziner vertraten einen ähnlichen Standpunkt. Erst Abduktionen solcher Opfer erbrachten den Beweis, daß hier eine Vergiftung, und zwar durch Kohlenoxyd, die Todesursache ist.

Nach diesen Feststellungen finden wir denn auch unsere Militärbehörde mit großem Eifer bestrbt, Abhilfe zu schaffen. Diese bestand nun darin, daß man sofort die Bewusstlosigwerden an die frische Luft beförderte, was wiederum nur erfolgen konnte, als man die Rettungsmannschaften mit dem bekannten Drägers Selbstretter ausrüstete. Schnell wurden diese Apparate angeschafft und die nötigen Leute damit ausgebildet, die dann wieder zu den einzelnen Divisionen zogen, um dort weitere Leute auszubilden. In der letzten Zeit werden wohl bei jeder Division Lehrtraine über Gaschutz abgehalten, und ein ansehnlicher Stamm Leute ist bereits mit dem „Dräger“ ausgebildet. Da wohl auch in jedem Unterland der Front ein Apparat sich befindet, kann mancher Vergiftete den Klauen des Todes entzogen werden, wenn Führer und Soldat mit dem nötigen Verständnis zu Werke gehen. Kritisch betrachtet möchte ich bemerken, daß die Ausbildung der Rettungsmannschaften zu miltärisch erfolgt; ich wünschte, man würde mehr die Fähigkeiten der auszubildenden Personen berücksichtigen, selbst wenn dadurch weniger Leute ausgebildet würden.

Jedoch, wir sind ja wohl im „Proletariat“ nicht besetzt, in dieser Sache kritische Betrachtungen anzustellen, das mag berufenen Stellen überlassen bleiben. Für uns, die wir in unsern Reihen so viele haben, die in gewissen Kreisen ihre Arbeitsleistung erledigen müssen, sollen vorstehende Zeilen nur Anregung zum Nachdenken und zur Aussprache geben. Wir setzen auch weiter, wie die Kriegsmassnahmen die Technik in ihren Dienst stellt und vorbildliche Einrichtungen schafft, die daheim in den Fabriken meist noch fehlen. **Lambrecht, im Felde.**

Die Gelben in der B. A. S. F.

Die von „ihrer“ Direktion gefälligen Gelben der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen haben einen Bericht für das Jahr 1916 herausgegeben, der weitlich Zeugnis ablegt von der finanziellen Leistungsfähigkeit — der „verehrlichen“ Direktion“. Gleich einleitend wird mitgeteilt, daß „dank dem großen Entgegenkommen unserer verehrlichen Direktion“ Unterhaltungen, insbesondere an Krüger und ihre Familien gegeben werden konnten. Also nur dank diesem Entgegenkommen. Ohne die Hilfe der auf Wohl nicht verzichtenden Direktion hätten die Gelben nichts, gar nichts leisten können. Das ergibt ein Bild auf die Zahlen der Abrechnung. Danach wurden u. a. eingenommen:

Aus Beiträgen der ordentlichen Mitglieder	6 064,50 Mk.
Aus Beiträgen der außerordentlichen Mitglieder	4 029,— „
Zusammen aus Mitgliederbeiträgen	10 093,50 Mk.
Von der Fabrikleitung als Beitrag erhalten	85 612,50 „

Die Betriebsleitung zahlt also reichlich achtmal soviel an Beiträgen wie alle ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder zusammen. Und da sage noch einer, die Gelben wären nicht frei und unabhängig! Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe des Jahres nur wenig geändert. Am Beginn des Jahres 1916 waren, nach dem Bericht, 5712 ordentliche Mitglieder vorhanden, am Ende des Jahres 5683. Außerordentliche Mitglieder (Beamte, Meister usw.) waren 1927 bzw. 1983 vorhanden. Die Angaben über die Zahl der Mitglieder sagen wenig über die tatsächliche Stärke der gelben Bewegung in der „Anilin“. Die ist viel geringer als die Zahlen vermuten lassen. Das zeigte sich besonders deutlich, als im Frühjahr die Wahlen zu dem nach dem Hilfsdienstgesetz zu bildenden Arbeiterausschuß stattfanden. Damals erhielt die Liste der Gelben 1466, die der freien Gewerkschaften dagegen 4935 Stimmen. Von den 12 Mitgliedern des Ausschusses stellten nur 9, die Gelben 3. Da die Wahlen zum Arbeiterausschuß geheim sind und den Gelben die weitgehende Unterstützung der Direktion zuteil wurde, darf man das Stimmenergebnis als einen viel einwandfreieren Maßstab für die Stärke der Gelben betrachten als die unkontrollierbaren Zahlen über den Mitgliederbestand. Es ist nämlich nicht nur sehr leicht, sondern auch sehr billig, bei den Gelben der „Anilin“ Mitglieder zu werden und zu bleiben. Die Eingetretenen zahlen nur einen Anerkennungsbeitrag, den eigentlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 20 Mk. pro Jahr zahlt — die „verehrliche“ Direktion“. Da nun die Mitgliedschaft das Wohlwollen der Meister und Beamten sichert und in gewissen Fällen eine Unterstützung der für die Gelben zuweilen freigebigen Direktion in Aussicht stellt, tritt mancher den Gelben bei, der sie innerlich zu allen Zeiten wünscht, aber aus 100 Rücksichten nicht den Mut findet, sich anzuschließen auf die Seite der frei organisierten Arbeiterkraft zu stellen. Ueber die Ausgaben des Vereins jagt der Bericht wenig. Es werden einige Posten, im Gesamtbetrag von reichlich 23 000 Mk., angeführt und dann geschrieben: „Die übrigen Ausgaben können wir übergehen.“ Die gelben Mitglieder lassen sich das halt gefallen. Es ist ja nicht ihr Geld, sondern das der „verehrlichen“ Direktion“. Das Bewußtsein der unbedingten Abhängigkeit vom Geldbeutel der Direktion dämmt jede Kritik zurück.

Verschiedene Industrien

Zusammenlegung der Zuckerrabbinen — ein Schilfbürgerstreich?

Zu der Tagespresse wird berichtet, daß die Regierung sich mit der Absicht trägt, nun auch die Rosh Zuckerfabriken zusammenzulegen, um Kosten und Arbeitskräfte zu sparen. Die Nachricht tritt so bestimmt auf, daß an der Absicht, eine solche Zusammenlegung zu versuchen, kaum zu zweifeln ist. Gleichwohl wollen wir annehmen, daß die maßgebenden Personen und Kreise sich davon überzeugen lassen, daß ein solches Vorgehen gerade das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreichen würde. Eine kurze Uebersetzung muß das eigentlich lehren. Zunächst ist ein eigenartiger Mangel in der Zuckerindustrie nicht vorhanden. Zwar ist die verfügbare Rübenmenge kleiner als im Friedensjahre, aber sie ist, vor allem bei einer guten Ernte — und die wird ja vorausgesetzt — groß genug, um nahezu allen Fabriken die Aufnahme der Kampagne zu ermöglichen. Werden nun aber Fabriken stillgelegt und die Rüben eines Bezirks an andere überwiesen, so tritt naturgemäß eine ungemein hohe Verschwendung der Transportmittel auf. Fuhrwerke werden länger fahren müssen, viele Rüben, die jetzt per Waage angefahren werden, müssen dann mit der Bahn befördert werden, kurze Fahrwege werden verlängert, Umladungen werden nötig, die Gefahr des Verderbens der Rüben wird gesteigert, kurz, es werden viel mehr Arbeitskräfte und Transportmittel gebunden, und es wird obendrein eine höhere Verschwendung der Rüben herbeigeführt. Die Zusammenlegung würde voraussichtlich auch zu einer Verlagerung der Betriebszeiten führen. Das wäre an sich kein Fehler, aber es ist, wie die Betriebszeiten verschieben, von heftigstem Nachteil für die Zuckererzeugung; denn bereits im Dezember treten Ausbelegungsarbeiten ein, weil die Rüben das lange Lager nicht vertragen kann. Es würde also eine Verschiebung der Erzeugung herbeigeführt. Wie eine Zeitschrift an das „D. L.“ berichtet, würde eine Fabrik, die gewonnen ist, besonders lange zu arbeiten, vielleicht bis in den Februar hinein, während die lange und händliche Erzeugung 25 bis 30 Prozent mehr an Kosten für die Herstellung eines Zentners Zucker verursachen als die Erzeugung der Wintermonate. In diesen langen Erzeugungswegen können weniger Rüben abgeerntet werden, was wiederum zu einer Verschiebung der Erzeugung führt. Ob diese Angaben richtig sind, entzieht sich unserer Kenntnis, das aber die Zusammenlegung schon um der Verschwendung unersichtlicher überhöhter Transportkosten ein Schilfbürgerstreich wäre, kann kaum bezweifelt werden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Schuldensituation der Gelben.

Am 1. u. 2. September haben in Frankfurt am Main die Reichstagsabgeordneten ihre jährliche Jahresversammlung ab. Das Hauptgespräch erregte Schulte (Darmstadt), der sich mit aller Energie gegen die Einführung des § 153 der Gewerbeordnung wandte. Seine es dazu, dass würden die Reichstagsabgeordneten im ganzen Lande Streiktruppen ausbilden. „Dann proklamieren wir die Gewalt gegen die Gewalt.“ Der Redner betrug sich auf die Thronrede vom 6. September 1916, in der denen König versprochen sei, die sich nicht an Strafen beteiligen wollten. (Es handelt sich um die Abschaffung der Zwangsarbeit.) Die ganze Verhandlung drehte sich um die Frage, daß die Regierung die Gewerkschaften befreie. Gegenüber dem Versprechen der Regierung warden die Reichstagsabgeordneten überall heftig gedrückt und geschrien. Dem Hilfsdienstgesetz, im Kriegszustandsgesetz und bei der Kriegswirtschaftsordnung habe man ja schon überlassen oder ihnen nur unzureichende Rechte übertragen. Jetzt wolle man gar den Reichstagsabgeordneten Arbeitskräften entziehen und durch die Zwangsarbeit die Volkswirtschaft in einen Zwangsstaat umwandeln. Die Gelben würden auch zu Reichstagsabgeordneten gehören. Die Reichstagsabgeordneten der Reichstagsabgeordneten schreien sich anstrengend gegen sie. Besonders während der Rede war der jüngere Reichstagsabgeordnete im Reichstagsabgeordneten ausgesprochen, der angeblich den Plan einer Gewerkschaften propagiert hat, um die Reichstagsabgeordneten zu erdrücken.

Die Gelben kündigten an, daß sie aus ihrer politischen Zurückhaltung heraustreten und sich an den Wahlen beteiligen würden. Weismann-Hollweg habe zugesehen, daß die einseitige Bevorzugung der „un-sittlichen“ Kampf- und Streikgewerkschaften eine Folge ihrer starken parlamentarischen Vertretung sei. Weidenschaftlich protestierten die Gelben gegen alle freiwirtschaftlichen Fortschritte und kündigten der Demokratie, die bloß „die Herrschaft des großen Kaufens“ sei, Kampf auf Leben und Tod an. Natürlich verurteilten sie auch den „Scheidemann-Frieden“. Dabei gab es eine komische Szene, weil ein Redner forderte, den Namen Scheidemann zu streichen, weil man ihm damit zu viel Ehre antäte. Alle Hoffnung ruhte die Gelben auf die Spaltung der Arbeiterbewegung. Wir lassen hier wörtlich folgen, was Herr Schulte darüber anführte:

„Die Spaltung der Sozialdemokratie hat auch auf die freien Gewerkschaften übergriffen. Die Militärschlichter und Holzarbeiter in Berlin haben schon Erklärung gegen die Verhandlungen genommen. Hätte das Oberkommando in den Wahlen nicht in Berlin die Wahlen der Delegierten verhindert, dann hätte sich die Generalversammlung des Reichstagsabgeordnetenverbandes in Köln schon gegen die alte Partei erklärt. Für die Zeit nach dem Kriege ist die Spaltung der freien Gewerkschaften bestimmt zu erwarten, zum mindesten findet eine Mobilisierung statt. Trotzdem werden die Streikgewerkschaften von der Regierung beauftragt. Als Gewerkschaften und Partei 1914 vor dem Bankrott standen, erfolgte der Ministerbesuch im sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus. . . Daran zante sich die Sozialdemokratie wieder empor.“

Wieviel Mitglieder die Gelben haben, wurde nicht gesagt, nur in einem Kaiserlegramm sprach man von 240 000 Arbeitern. Wahrscheinlich ist diese Zahl fast noch oben abgerundet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Eisenberg S. M. Am Sonnabend, dem 25. August, fand für die Zahlstelle Eisenberg und Umgebung eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete 1. Quartals- und Kasienbericht, 2. Kartellbericht, 3. Erhöhung des Lokalbeitrages, 4. Zahlstellenangelegenheiten. Zum ersten Punkt gab der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Helm, den Quartals- und Kasienbericht aus, wofür zu erwähnen ist, daß der Krieg nicht ohne Einfluß auf unsere Zahlstelle vorübergeht. An Kranken- und Erwerbslosenunterstützung wurden im zweiten Quartal 2189,45 Mk. gezahlt. Sterbegeld erhielten die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder 545 Mk. An die Verbandskasse konnte im zweiten Quartal nichts eingekandt werden, weil die Ausgaben die Einnahmen überstiegen. Am Ende des zweiten Quartals betrug die Mitgliederzahl 467 männliche und 136 weibliche. Zum Militär eingezogen sind bis jetzt 733 Kollegen, als gefallen gemeldet 76. — Der Kartellbericht wurde von der Versammlung zur Kenntnis genommen. — Zum Punkt 3 der Tagesordnung erhielt Kollege Fritz Sturm das Wort, der zur Zeit in Urlaub hier ist. An der Hand reichhaltigen Materials legte er der Versammlung klar, welche Gründe dafür sprechen, den Lokalbeitrag zu erhöhen, um die Lokaltasse kräftig und leistungsfähig zu halten. Der Referent betonte in seinen Ausführungen, daß es den meisten Kollegen jetzt nicht schwer fallen würde, das kleine Opfer von 5 Pf. wöchentlich für die Lokaltasse zu bringen, da doch in letzter Zeit durch die Organisation die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen um 6 bis 12 Mark wöchentlich gesteigert worden sind. Die Beiträge sollen vom 1. Oktober 1917 an betragen 40, 60 und 70 Pf. wöchentlich, so daß der Lokalbeitrag von 10 auf 15 Pf. erhöht wird. Nach einer ausgiebigen Aussprache wurde der Antrag gegen drei Stimmen angenommen. In einer Konferenz der Bezirksleiter, die am folgenden Tage stattfand, wurde der Antrag nach dem Rejet des Kollegen Fritz Sturm einstimmig angenommen. **Mich. Helm.**

Köln. Einigungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Der Arbeiterausschuß der chemischen Fabrik von Traire u. Helmers hatte Vorschläge gemacht, als diese abgelehnt wurden, den Schlichtungsausschuß als Einigungsamt anzufragen. Hier erklärte der Vertreter der Firma, Dr. Meyer, eine Verhandlung sei überflüssig. Die Firma sei gar nicht in der Lage, die Vorschläge zu bewilligen. Sie sei aber bereit, allen Arbeitern den Abschluß zu geben. Auch der Vertreter des Arbeitgeberverbandes, Dr. Motte, stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Der Vorsitzende wie der Beirat der Arbeiterkraft erklärten, daß auf Grund des Hilfsdienstgesetzes verhandelt werden müsse. Die Arbeiter verlangten, daß der Stundenlohn der Handwerker um 40 Pf., der für ungelernete Arbeiter um 30 Pf. und der für Arbeiterinnen um 20 Pf. erhöht würde. Ueberstunden sollten mit 25 Prozent, Nachstunden mit 50 Prozent und Sonntagsarbeit mit 100 Prozent Aufschlag bezahlt werden. Bei Beschäftigung wurde ein besonderer Zuschlag von 1 Mk. gefordert. Eine Einigung kam nicht zustande, da der Firmenvorstand erklärte, nicht mehr geben zu können. Die vom Kriegsausschuß gesetzten Preise seien zu gering. Es seien von der Firma nicht verlangt werden, Geld zuzulegen und jeden Monat 6000 Mk. auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Es wurde jedermann folgender Schwadsspruch gefällt: In Anbetracht der gewaltigen Steigerung aller Lebensmittel hält es der Schlichtungsausschuß für angemessen, auf die heutigen Durchschnittslöhne von 8 Mk. pro Tag folgende Zuschläge zu zahlen. Die Löhne, die bis zum 1. August gezahlt worden sind, werden um folgende Sätze erhöht: Für Hausarbeiter, Maschinenisten und Heizer um 2 Mk. pro Tag, für Arbeiter um 1 Mk. und für Arbeiterinnen um 75 Pf. Bei Beschäftigung wird ein Zuschlag von 1 Mk. für die Nachschicht bewilligt. Ueberstunden werden mit 25 Prozent, Nacharbeit wird mit 50 Prozent und Sonntagsarbeit mit 75 Prozent Zuschlag bezahlt. Kassen erregte noch die Feststellung des Kollegen Hertwig, daß die Firma ein Mitglied des Arbeiterausschusses, einen Kriegsbeschädigten, in dem Augenblick entlassen hat, als die Firma die Zustimmung zum Schlichtungsausschuß erhielt. Gründe für die Entlassung konnte Herr Dr. Meyer nicht angeben. Er betonte sich lediglich auf die Arbeitsordnung, jederzeit Arbeiter entlassen zu können. Dem 3. Leiter des Arbeitgeberverbandes wurde diese Haltung durchaus gebilligt. Der Zweck, ein langes Ausschussmitglied aus dem Betriebe zu entfernen, war ja damit erreicht. Während den Arbeitern, die grundlos die Arbeit aufgeben, der Abschluß verweigert wird, nimmt sich der Unternehmer das Recht, ihm mißliebige gewordene Arbeiter, selbst Kriegsbeschädigte, auf die Straße zu werfen. Wo bleiben da die Zuschläge, die warmen und farbenreichen Worte, die man im vorigen Jahre auf dem Kriegsbeschädigten-Kongress in Köln aus dem Unternehmerlager den Kriegsbeschädigten zugerufen hat? Theorie und Praxis ist eben zweierlei.

Am 25. August hatte sich der Schlichtungsausschuß mit einem Antrage des Arbeiterausschusses der Dynamitfabrik in Bafin zu beschäftigen. Der Arbeiterausschuß verlangte: für Ueberstunden 25 Prozent, für Nacharbeit 50 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent Aufschlag. Bei Beschäftigung eine besondere Vergütung von 1 Mk. Die Firma hatte die Erfüllung dieser Wünsche abgelehnt, da sie glaube, die Zuschläge zu zahlen und die Zuschläge, die sie nicht zahlen, der gesamten Arbeiterkraft zugute kämen. Der Schlichtungsausschuß erkannte jedoch die Wünsche der Arbeiterkraft als berechtigt an, da diese Forderungen allgemein anerkannt seien und es auch möglich ist, bei Nachschicht entsprechende Zuschläge zu gewähren. Es wurde folgender Schiedspruch gefällt: Ueberstunden sind mit 25 Prozent, Nacharbeit ist mit 50 Prozent und Sonntagsarbeit mit 75 Prozent Aufschlag zu vergüten. Beschäftigung mit 1 Mk., da bei der Nacharbeit besondere Auslagen entstehen. Zu einer erneuten Verhandlung am 3. September hatte sich der Schlichtungsausschuß als Einigungsamt mit der Dynamitfabrik zu beschäftigen. Die Firma hatte verlangt, daß im Benzol-Füllbetrieb die Arbeitszeit von 6 1/2 auf 8 Stunden täglich erhöht wurde. Sie machte geltend, daß infolge der kürzeren Jahresszeit wie der verbesserten Einrichtungen durch Anschaffung neuer Apparate und besser Ventilation die Gesundheit der Arbeiter nicht mehr gefährdet sei. Bei der Firma Meyer u. Co. in Leverkusen erriet man mit der gleichen Einrichtung täglich 9 Stunden. Kollege Hertwig machte geltend, daß von den Arbeitern gerade das Gegenteil behauptet wird. Die Einführung neuer Apparate habe die Krankenfälle erheblich erhöht, da das Anstreben der jungen Gase weit häufiger und rascherer wäre. Auch spiele die psychische Ermüdung eine große Rolle, die auf der Dynamitfabrik viel zu wünschen übrig lasse. Nach längerer Verhandlung einigten sich die Parteien, daß eine Kommission, unter Vorsitz der Gewerbeinspektion sowie eines Mitgliedes des Arbeiterausschusses, dieselbe Anlage bei der Firma Meyer in Leverkusen besichtigen soll. Sei daraufhin eine Einigung mit dem Antrage nicht zu erzielen, werde der Schlichtungsausschuß endgültig entscheiden.

Rundschau.

Die Verschwendungssucht der Arbeiter. Je länger der Weltkrieg noch dauert, desto mehr steigt auch die Verschwendungssucht der Arbeiter. Es ist fast unbegreiflich, wie hart diese Sucht unter der Arbeiterkraft im Zunehmen begriffen ist. Sie verschwendet täglich 12 und mehr Stunden ihre noch vorhandene Arbeitskraft bei angestrengter Arbeitsleistung und mangelhafter Entlohnung in dumpfen und häufigen Betrieben, demweil die Dämchen und Herrchen der besseren Kreise ihre Zeit in Kaffeehäusern, Waldbühnen, Babehotels und auf Promenaden nützlich verwenden. Sogar ihr sauer verdientes Geld verschwenden die Arbeiter zum Ankauf der rationierten Lebensmittel, während die Herrschaften im Schwelge ihres Angehts auf Schleichwegen Lebensmittel auf dem Lande aufkaufen und mit der Bahn oder mit dem Auto in ihre Heimat befördern, um mit ihren Familien während der Kriegszeit „durchhalten“ zu können. Auch von der Modetiererei sind die Arbeiter befallen worden. Anstatt zu sparen, kaufen sie sich die teuren Kleidungsstücke aus Papergarn und tragen Segeltuchschuhe aus Papierstoff mit Kunstleder- oder Holzsohlen, während die besseren Leute nach wie vor an der altbewährten Kleidung aus guten Textil- und Seidenstoffen festhalten. Sogar in der Genussmittelfrage machen die Arbeiter die Modetiererei mit. Statt sich an die altbewährten Sekt- und Weinarten zu halten, verschwenden sie lieber ihr Geld an die teuren Simonaden und Biererajmittel. Selbst die altbewährten Tabaksorten sind ihnen nicht mehr gut genug, sie versuchen sich an allerhand Tabakeraj, wie Rosenblätter, Brombeerblätter, Delphinium und andre seit jeher verachtete einheimische Pflanzungen.

Diese „Verschwendungssucht der Arbeiter“ muß selbstverständlich alle gebildeten und wohlhabenden Bevölkerungsteile empören. Vertreter dieser Kreise suchen deshalb die Arbeiter aus dieser fittlichen Verwahrlosung zu retten, und sie haben das Rettungsmittel in der — satirischen Postkarte gefunden. In Nr. 69 der „Papierzeitung“ begründet ein Unternehmer den fittlichen Wert der satirischen Postkarte folgendermaßen:

„Güster Humor und echte Satire beleben nicht nur die Stimmung, was in Kriegszeit besonders wichtig ist, sondern wirken oft auch erzieherisch. So zum Beispiel, wenn sie die fittlichen Auswüchse geißeln, die die Kriegszeit geschaffen hat. Zu diesen gehört der schamlose Wucher und in Verbindung mit ihm eine widerliche Verschwendungssucht und Vergnügungssucht, die dem Satiriker reiche Betätigung ermöglicht. Es kann sicherlich nur besser wirken, wenn derartige in Wort und Bild faßbar gezeichnet wird, besonders da die Verschwendungssucht auch die Arbeiterkreise ergriffen hat, die sich später nur schwer wieder in geordnete Verhältnisse fügen werden.“

Selbstverständlich erkennen die „verschwenderrischen“ Arbeiter den hohen Wert der Bemerkungen jener Herren an, die unter Verbrauch ihres Gehirnschmalzes in dieser fittlichen Zeit die satirische Postkarte als Mittel erdachten haben, um die Arbeiterkraft von ihrer „Verschwendungssucht“ zu befreien und sie wieder „geordneten Verhältnissen“ zuzuführen. Trotzdem bedauern sie die Käufer solcher „satirischen Postkarten“, die ihr Geld für überflüssige Sachen verschwenden. **St.**

Wer darf in der Front verwendet werden?

Ueber die Verwendung von Wehrpflichtigen in der Front finden sich in einem Schreiben des preussischen Kriegsministeriums vom 31. Juli 1917 an den Abgeordneten Dr. Müller-Meinungen folgende allgemeine wichtige Angaben:

- a) Nicht mehr wehrpflichtige Personen können nur in der Front verwendet werden, wenn sie freiwillig ohne Vorbehalt eingetretet sind.
- b) Nicht td. Personen sollen zur eigentlichen Gefechtsfähigkeit nicht verwendet werden; damit ist aber nicht gesagt, daß der Ort ihrer Tätigkeit weit von der Front abliegt.
- c) Nach dem Erlaß vom 9. 12. 16 ist der Austausch aller Randsturmlente von 45 Jahren und darüber aus der vordersten Linie durchzuführen, sofern diese Mannschaften sechs Monate oder länger sich in vorderster Linie befinden haben, es sei denn, daß eine derartige Verwendung in der Front dem ausdrücklichen Wunsche des einzelnen entspricht. Nach auf Offizier-Stellvertreter findet der Erlaß Anwendung, dagegen nicht auf Feldwebellieutenants, da sie Offizier sind. Eine Auszeichnung des Erlasses auf Feldwebellieutenants ist nicht beabsichtigt.

Schöne Worte gegen die Zensur.

Zur Erinnerung eines Pressekreises in der Reichstagsliste bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen sehr schönen Artikel, in dem es heißt:

Der Augen der amtlichen Presseeinrichtungen wird um so größer sein, je eifriger die gesamte Presse die Gemeinheitsarbeit mit ihnen aufnimmt. Daß sie nicht als Organe der Beeinflussung „nach“ sein können, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Der Mediziner oder Schriftsteller, der aus andern als sachlichen und vaterländischen Rücksichten auf die offene Darlegung seiner Ueberzeugungen verzichtet, würde der hohen Verantwortung nicht gerecht, die ihm die von ihm vertretenen öffentlichen Interessen auferlegen. Er würde auch der Regierung keinen Dienst erweisen; denn wie der Mißwirkung des Parlamentarismus bedarf diese unbedingt der Selbstkontrolle, die ihr eine unabhängige Pressekritik ermöglicht. Die Presse soll und muß sich frei ihr Urteil bilden, dafür ist sie der Öffentlichkeit und dem Staate verantwortlich.

Verbandsnachrichten.

Statistik. Neue Monatskarten.

Die blauen Berichtskarten für den Monat August müssen bis zum 3. September in Hannover sein, damit das Ergebnis der Statistik bis zum 8. September an das Statistische Amt nach Berlin gesandt werden kann. Die grauen Monatskarten sind ungültig und dürfen nicht mehr benutzt werden. Zahlstellen, die keine blauen Karten mehr in ihrem Besitz haben, wollen solche beim Vorstand bestellen.

Ueber abgeschlossene Lohnbewegungen bitten wir halbmöglichst Schlußberichte einreichen zu wollen. **Der Vorstand.**

Som 4. September 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Trostberg 200,—, B. 15,—, Burg b. M. 10,—, Kolberg 400,—, Goslar 300,—, Strehla a. d. E. 100,—, Wittenberg a. d. E. 10,—, Seehaus 400,—, Zeidenitz 155,11, Oldenburg i. Gr. 1000,—, Zeitz 150,—, Elbing 900,—, Ebeln 350,—, W. 5,50, Lügen 18,75, Bänickendorf 90,—, Braunsberg 1,50.

Ein Verfrüherungsbeiträge gingen ein: Zeidenitz 2,50, Lügen 4,—. **Schluß: Montag, den 10. September, mittags 12 Uhr.** **H. BrunS, Kassierer.**

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erzielten die Zahlstellen: **Weissen.** 15 Pf. für männliche Mitglieder, 10 Pf. für weibliche Mitglieder. **Wismar.** 5 Pf. pro Mitglied und Woche. **F. Hertwig.**